

# Öffentliche Sitzung der Stadtverordneten.

## Kommunistische Krawalljahren. — Die kommunistischen Stadtverordneten beschließen unter Protestrufen den Sitzungssaal.

Die schäumenden Wogen der politischen Bewegung und der Verehrtheit waren auch im ersten Teile der öffentlichen Sitzung der Stadtverordneten, die gestern von 18.30 Uhr ab in der Aula der Oberrealschule stattfand, unangenehm fühlbar. Der kommunistische Hauptredner, Herr Stadtv. Pleier, erdrosselte sich auch gestern wiederum äußerst verwerfliche Ueberschüsse gegen einige seiner politischen Gegner, so daß sich schließlich der Vorsteher gezwungen sah, nachdem mehrere erteilte Ordnungsrufe unberücksichtigt blieben, zu beantragen, den kommunistischen Schreier von der Beteiligung an den weiteren Beratungen auszuschließen. Daß in jeder vorhergegangenen Stadtverordnetenversammlung erlaubte sich Herr Stadtv. Pleier Medensarten und Einwürfe, die dem Ansehen des Stadtparlamentes wirklich nicht dienlich. Alle ihm erteilten Rufe und Ordnungsrufe ignorierte er mit größter Gleichgültigkeit dadurch, daß er immer wieder den Namen des parlamentarischen Lastersüßlers weit überhörschritt. Leider war bisher dem Vorsteher die Möglichkeit, ein Mitglied des Kollegiums wegen Ungebühr von den Beratungen auszuschließen, nicht gegeben, da bekanntlich früher die diesbezügliche Bestimmung in der Geschäftsordnung durch Mehrheitsbeschluß der beiden linken Fraktionen getroffen worden war. Und dies hat Herr Pleier zu seinen Gunsten bisher reichlich ausgenutzt — natürlich ohne dadurch etwas Erpressliches erreicht zu haben. Das gestrige Vorkommnis hat aber erneut gezeigt, daß die Wiedereinnahme dieser Bestimmung zur dringenden Notwendigkeit geworden ist. So sah sich Herr Stadtv.-Vorst. Dr. Mühlmeister veranlaßt, die Sitzung zu unterbrechen und das Präsidium mit der Klärung der Angelegenheit zu beauftragen. Nach kurzer Beratung beantragte das Präsidium, zu beschließen, die Ausschlußbestimmung wieder aufzunehmen. Dem Antrage stimmte sowohl die bürgerliche, als auch die sozialdemokratische Fraktion einstimmig zu. Herr Stadtv. Pleier war nach dreimaligem Ordnungsrufe bereits das Wort für die Dauer der Sitzung entzogen worden. Trotzdem glaubte er wiederum berechtigt zu sein, zu sprechen. Da ihm aber erklärt wurde, daß es sich nicht um eine neue Sitzung handelte, sondern daß nur eine Unterbrechung erfolgt sei, so er Pleier vor, in Gemeinschaft mit seinem Parteigenossen Schaaf, den Sitzungssaal zu verlassen, natürlich nicht, ohne daß die beiden kommunistischen Stadtverordneten nochmals ihren Herzen gründlich Luft gemacht hätten. In Abwesenheit der beiden konnte alsdann die noch zu erledigende Tagesordnung in ruhiger, sachlicher Beratung zu Ende geführt werden.

Als zum Verlassen des Sitzungssaales der kommunistischen Stadtverordneten war das Kollegium fast vollständig anwesend; es fehlte infolge Erkrankung nur Frau Stadtv. Berger (Soz.). Am Ratstische hatte Herr Oberbürgermeister Dr. Scheider Platz genommen. Der Zuhörerraum war wiederum gut besetzt. Trotz der geschäftlichen Zwischenfälle verhielt sich die Hörerschaft verhältnismäßig ruhig. Nur vereinzelt wurden, die aber in der Höhe des Geschalles nicht zur Geltung kamen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragte Herr Stadtv. Pleier (KPD.), zwei Beratungspunkte der öffentlichen Sitzung in der öffentlichen Sitzung mitzuberaten. Nach Begründung des kommunistischen Antrages durch den Antragsteller bemerkte Herr Stadtv.-Vorsteher Dr. Mühlmeister, daß er die fraglichen Punkte gern selbst auf die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung stellen hätte. Die Geschäftsordnung schreibt aber vor, daß Beratungspunkte, die schließlich persönlichen Angriffen ausgesetzt werden könnten, in nichtöffentlicher Sitzung zu beraten seien. Er werde aber beantragen, daß die Beschlüsse über die zur Frage stehenden Punkte der Öffentlichkeit bekanntgegeben werden. — Herr Stadtv. Pleier widersprach der Meinung des Herrn Dr. Mühlmeister und behauptete, daß die Angelegenheit nicht auf die in der Geschäftsordnung festgesetzten Bestimmungen zutrefte und wiederholte seinen Antrag. Dieser wurde jedoch nicht genügend unterstützt; er hatte sich somit erledigt.

Alsdann wurde die Tagesordnung wie folgt erledigt:

**Änderung des Ortsgesetzes über den Schlachthofsweg und die Schlachthof- und Fleischbeschau in der Stadt Niea.**

Hierzu berichtete Herr Stadtv. Winkler (Bürgerl.), daß auf Antrag des Leiters des Städtischen Schlachthofes einige Änderungen, hauptsächlich die Einführung von zum menschlichen Genuß bestimmten Fleisches betr., in fraglichem Ortsgefetz vorgenommen werden sollten, um dadurch Triebfahrlässigkeiten vorzubeugen. Die Änderungen sind entsprechend vorgenommen und von dem zuständigen Aufsichtsrat gutgeheißen worden. Der Schlachthofsausschuß und der Rat haben den Änderungen bereits zugestimmt. Auch das Kollegium genehmigte einstimmig das Ortsgefetz in der abgeänderten Fassung.

**Mitteilung des Ortsausschusses Niea des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes über Bildung eines Verbraucherausschusses.**

Um die Interessen der Verbraucher in jeder Beziehung zu vertreten, vor allem die Preisbildung über Lebensmittel und sonstige Bedarfsgegenstände zu überwachen, hat sich ein Verbraucherausschuß, in welchem die Organisationen des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes vertreten sind, gebildet. Von diesem Verbraucherausschuß lag ein Gesuch vor, in welchem zu folgenden Fragen Stellung genommen wird:

- a) wegen Herabsetzung der Mieten für die stadteigenen Wohnungen, die mit Sparfassenmitteln, für die eine Zinsverbilligung eingetretten ist, erstellt worden sind und Verhandlungen mit den hiesigen Wohnungsbaugenossenschaften in dem gleichen Sinne,
- b) wegen Ermäßigung des Wasserpreises,
- c) wegen weiterer Herabsetzung des Gaspreises.

Herr Stadtv.-Vorst. Dr. Mühlmeister verlas den Wortlaut des obigen Gesuches. Nachdem er noch nähere Erläuterungen zu den einzelnen Anregungen gegeben hatte, empfahl er, das Gesuch zunächst den zuständigen Körpern zur näheren Prüfung zu überweisen. — Es entspann sich nunmehr eine längere, zuweilen erregte Aussprache, die Herr Stadtv. Pleier (KPD.) eröffnete. Er nannte das Gesuch des Verbraucherausschusses eine Vorkühnung. In seinen weiteren Ausführungen kam er wiederholt auf die große Politik zu sprechen, wobei er in schärfster Weise gegen die Politik der KPD. und gegen deren Stellungnahme zu der, seiner Meinung nach reaktionären Brüning-Regierung, loswetterte. Er beantragte schließlich, daß in den Grundrissen, zu dessen Erstellung Niea-Zinsverbilligung verwendet worden sind, auf alle Fälle die Mieten angemessen herabgesetzt werden sollen. In Verbindung damit nannte er die von der Gewog. und den sonstigen Baugenossenschaften errichteten Wohnhäuser, und daß es kaum einem Arbeiter, geschweige denn einem Erwerbslosen, möglich sei, die dort üblichen Mieten zu bezahlen.

Herr Stadtv. Pleier (KPD.) nahm anschließend Stellung gegen die Ausführungen des kommunistischen Vorredners und betonte ausdrücklich, daß es sich bei dem Verbraucherausschuß nicht lediglich um einen Ausschuß des gewerkschaftlichen Ortsverbandes handele, sondern um fünf bis sechs hiesige Organisationen, denen ca. 12.000 organisierte Arbeiter und alle zuständigen Ausschüsse den Wünschen und Anregungen des Verbraucherausschusses weitestmöglich entgegenkommen. Mit Verede und Geschimpfe in der Art des kommunistischen Sprechers komme man nicht weiter, die Hauptsache sei, etwas Positives zu schaffen. (Lärm) Pleier: „Quatsch doch nicht!“ — Er erhielt hierfür einen Ordnungsruf. Der unmittelbar folgende Zuruf: „Du Idiot!“ brachte ihm einen zweiten Ordnungsruf ein. Herr Stadtv.-Vorst. Dr. Mühlmeister erinnerte den kommunistischen Zwischenrufer an die Folgen eines einmaligen dritten Ordnungsrufes. Herr Stadtv. Pleier nahm des weiteren Gelegenheit, die Gründe des Gesuches des Verbraucherausschusses näher zu erläutern. Er wies ferner darauf hin, daß die Mieten der Gewog.-Wohnungen und sonstiger Wohnungsbaugenossenschaften bestehenden Bestimmungen entsprechen müßten. Der Ausschuß habe sich eingehend mit den einzelnen Fragen beschäftigt. Was die Senkung des Gaspreises anbelange, so bestehe Aussicht, daß infolge Senkung der Betriebskosten eine weitere Senkung des Gaspreises sich werde ermöglichen lassen. Es sei Aussicht vorhanden, daß auch der Wasserpreis noch weiter herabgesetzt werden könne, wie ja auch das Elektrizitätswerk herabgesetzt habe. Wenn auch die vorläufige geringe Senkung als nicht genügend zu betrachten sei, so sei doch zu beachten, daß selbst die Senkung um einen Pfennig pro Kubikmeter bzw. Kilowattstunde im Laufe des Monats immerhin eine nicht zu unterschätzende Entlastung des Abnehmers bedeutete. Die vorgenommenen Senkungen der Bezugspreise seien ja erst der Anfang der Bewegung und man hoffe, daß weitere Herabsetzungen nicht ausbleiben. Was die durch die Sparkasse Niea finanzierten Wohnungen anlange, müsse festgestellt werden, daß doch auch die Sparkasse nicht freie Hand habe. Die eingetretene Zinsverbilligung werde sich aber auch an den in Frage kommenden Wohnunsmieten auswirken. An der in Frage kommenden Wohnunsmieten auswirken. An der in Frage kommenden Wohnunsmieten auswirken.

Der kommunistische Stadtv. Herr Pleier polemisierte nunmehr nochmals gegen die seiner Meinung nach immer mehr Platz greifenden „faschistischen“ Bestrebungen und insbesondere gegen die sozialdemokratische Politik, wobei er natürlich die Politik seiner eigenen Partei in ein günstiges Licht zu stellen veruchte. In seinen wüsten Schimpfereien bezog er den Stadtv. Pleier als einen Parteigenossen mit, worauf Herr Stadtv.-Vorst. Dr. Mühlmeister den kommunistischen Beleidiger darauf aufmerksam machte, daß er den parlamentarischen Anstand zu wahren habe und daß ihm bei weiteren persönlichen Angriffen das Wort entzogen werde.

Herr Stadtv.-Vizevorst. Günther bemerkte zunächst, daß die Kritik, in der wir uns befinden, in der allgemeinen wirtschaftlichen Notlage begründet sei. Er wies auf die Uneinigkeit in der Arbeiterschaft hin, die durch das Verschulden der kommunistischen Partei herbeigeführt worden sei. Die mit großem Pathos von Herrn Stadtv. Pleier vorgetragene Anschuldigung zurückzuweisen, erübrige sich, da jeder einsehende Mensch das Geschrei des Herrn Pleier nicht ernst nehmen könne. — Nachdem Herr Stadtv. Pleier Herrn Vizevorst. Günther als „Erdabfahnder“ bezeichnet hatte, wurde ihm das Wort entzogen.

Im weiteren Verlauf der Debatte nahmen nochmals die Herren Stadtv. Günther und Pleier, sowie Herr Stadtv. Winkler das Wort, um gegen die übertriebene kommunistische Agitation zu sprechen. — Da Herr Stadtv. Pleier es immer noch nicht unterlassen konnte, geschäftliche Zwischenrufe in die Debatte zu werfen, unterbrach Herr Stadtv.-Vorst. Dr. Mühlmeister die Sitzung, um dem Präsidium Gelegenheit zu geben, über den evtl. Ausschluß des kommunistischen Zwischenrufers zu beraten.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung gab Herr Stadtv.-Vorst. Dr. Mühlmeister bekannt, daß in der jetzt gültigen Geschäftsordnung die Bestimmungen über Ausschluß oder Auserlegung einer Ordnungsstrafe eines Stadtverordneten nicht mehr enthalten seien. Das Präsidium habe beschlossen, die diesbezüglichen Bestimmungen wieder in Kraft treten zu lassen. Sowohl die bürgerliche, als auch die sozialdemokratische Fraktion erklärten einstimmig, die Bestimmungen wieder in Geltung zu bringen. Noch ehe der Ausschlußbeschluß gefaßt worden war, zogen es die beiden kommunistischen Stadtverordneten vor, unter heftigen Protestrufen und Schimpfereien den Sitzungssaal zu verlassen.

Auf Vorschlag des Herrn Stadtv.-Vorst. Dr. Mühlmeister erklärte sich das Kollegium damit einverstanden, die Punkte a) dem Finanzausschuß, b) dem Rat und c) (Herabsetzung des Gaspreises) und die Mitteilung des Rates (Strompreisermäßigung betr.) dem Betriebsausschuß zu überweisen.

### Die Getränkesteuer betr.

Von der Mitteilung des Rates, von der Einführung der Getränkesteuer für das Rechnungsjahr 1931 (1. April 1931 bis 31. März 1932) abzusehen, nahm das Kollegium zustimmend Kenntnis.

### Beschaffung kurzfristiger Mittel betr.

Herr Stadtv.-Vorst. Dr. Mühlmeister wies auf die Verhältnisse hin, die es dringend benötigten, Mittel zur Bestreitung von Wohnfabrikanten, Gehälter, Zinszahlungen usw. zu beschaffen.

Hierzu ergriff Herr Oberbürgermeister Dr. Scheider das Wort, um zunächst mitzuteilen, daß eine diesbezügliche Besprechung bei der Kreisbauernschaft stattgefunden habe. Es habe sich vor allem um die Frage gehandelt, ob zur Aufnahme einer langfristigen Anleihe, die zunächst eine kurzfristige sein soll, die Oberbehörde die Zustimmung geben werde. Der Kreisausschuß werde voraussichtlich seine Zustimmung dazu geben, natürlich unter der Bedingung, daß von der Stadt überhaupt alles versucht worden sei, alle Mittel, die zur Bedienung der städtischen Finanzen beitragen können, zu erschöpfen, also nur dann, wenn alle Erwerbsmöglichkeiten, soweit sie noch tragbar sind, ausgenutzt würden. Immerhin aber könne sich die Stadt getrauen, nochmals eine Anleihe aufzunehmen, zu welcher sie notgedrungen gezwungen ist, um ihren Verpflichtungen nachzukommen. Der Finanzausschuß und der Rat haben sich auf den Standpunkt gestellt, die vorgeschlagene Mittelbeschaffung zu unterstützen. Es handele sich um eine Teils-Anleihe, die aus dem Dronce der Not heraus aufgenommen werden soll. Namens des Rates hat Herr Oberbürgermeister, sich mit einer grundsätzlichen Entscheidung einverstanden zu erklären. Die Frage der Verwendung der

Anleihe müsse natürlich erst vom Finanzausschuß geprüft werden.

Herr Stadtv. Pleier gab namens der bürgerlichen Fraktion die Erklärung ab, daß sie sich zu einer bestimmten Entscheidung noch nicht habe entschließen können. Von einer Selbstverwaltung der Gemeinden könne nicht mehr die Rede sein. Stimme man der Vorlage zu, mache man sich nach Meinung der Oberbehörde schuldig, weil Vermögensbestände verpfändet werden müßten; werde die Zustimmung verweigert, mache man sich ebenfalls schuldig, weil die Stadt ihren Verpflichtungen nicht nachkommen kann. Es wäre doch besser, wenn die vorgesehnen Behörden das Uebel bei der Wurzel fassen. Es könne den Bürgern doch nicht zugemutet werden, daß auf der einen Seite Preisentwertung verlangt wird, auf der anderen Seite immer wieder neue Steuern gefordert werden. — Eine Anfrage des Herrn Stadtv. Pleier, wie es mit dem Votum ausgleichslos sei, beantwortete Herr Oberbürgermeister Dr. Scheider, daß er hierzu leider eine sehr betrübliche Mitteilung machen müsse. Die Mittel des staatlichen Vorkausgleichs seien bis auf einen kleinen Betrag bereits ausgegeben worden, so daß es nicht einmal mehr möglich sei, die schließliche Verteilung an die Gemeinden vornehmen zu können. Es könne nur erhofft werden, daß vielleicht der Landtag Mittel und Wege finden wird, den Vorkausgleichsstock etwas zu füllen.

Herr Vizevorst. Günther erklärte, daß die soeben gemachten Angaben der Vorlage aufstimmten werde, aber auch nur mit schwerem Herzen, wie die bürgerliche Fraktion, denn jede Darlehensaufnahme bringe der Stadt neue schwere Lasten. Es sei bitter, daß bei den Oberbehörden überhaupt nicht das rechte Verständnis für die schwere Notlage der Gemeinden bestehe. Es werde von dieser Stelle aus zwar viel diskutiert, aber nie gesagt, wie es besser gemacht werden könne. Seine Fraktion stimmte der Vorlage zu, um die dringenden Bedürfnisse decken zu können.

Auf Ansuchen der bürgerlichen Fraktion wurde die Sitzung für kurze Zeit unterbrochen, um der Fraktion Gelegenheit zu geben, nochmals zur Vorlage Stellung zu nehmen. Nach erfolgter Beratung erklärte Herr Stadtv. Pleier die Zustimmung der Rechten unter der Bedingung, daß nur die unbedingt notwendigen Mittel auf dem Anleihewege beschafft werden sollen.

Der Antrag der Rechten, eine Anleihe bis zu höchstens 200.000 RM, im Restfalle durch Umbanberung von C.-B.-Aktien, aufzunehmen, wurde einstimmig angenommen. Ein weiterer Antrag, die Beschlußfassung über eine langfristige Anleihe bis nach der Tagung des Finanzausschusses zu vertagen, wurde ebenfalls einstimmig angenommen.

### Durchführung der Erholungsfürsorge.

Hierzu berichtete Frau Stadtv. Weisberg (SPD.), daß das Ratkollegium mit fünf gegen vier Stimmen beschlossen habe, die Erholungsfürsorge für bedürftige Kinder im Jahre 1931 in demselben Umfange wie 1930 durchzuführen. Die Kostenrechnung der Unterhaltung der vorjährigen Kinderzahl sei auf 9000 RM festgesetzt worden. In der Ratssitzung hatte Herr Oberbürgermeister Dr. Scheider empfohlen, für das laufende Jahr eine bindende Anmeldung der in Frage kommenden Kinder nur für die Erholungsstätten Wyl und Frankenhäuser abzuschließen und eine eventuelle Anmeldung auch für die im Vorjahre mitbezogenen Erholungsstätten an der Nordsee, in Großebühl und Wöllershof je nach der Beschaffenheit des neuen Haushaltes später vorzunehmen.

Herr Stadtv. Pleier teilte mit, daß die Rechte sich gegenwärtig sehr, auch hier gewisse Sparmaßnahmen vorzuschlagen; sie beantrage deshalb, in diesem Jahre zunächst eine entsprechende Anzahl Kinder nur nach den Erholungsstätten Wyl und Frankenhäuser zu entsenden und weitere Entschickungen nach Ausschluß des neuen Haushaltes zu treffen. — Herr Stadtv.-Vizevorst. Günther erklärte, daß keine Fraktion für die Ratsvorlage einträte. Im Zeichen der Not müsse man zunächst um die Fürsorge des Kindes bedacht sein. In Anbetracht dessen, daß im Haushaltesplan Mittel für nicht so wichtige Angelegenheiten eingeteilt seien, sei er dafür, daß die Summe von 9000 RM, für die oben genannten Zwecke erst recht aufgebracht werden müßte. — Herr Stadtv.-Vorst. Dr. Mühlmeister bemerkte, daß auch die bürgerliche Fraktion die Wichtigkeit der Vorlage anerkenne, sich jetzt aber aus finanziellen Gründen noch nicht binden könne. Sie sei ebenfalls gern bereit, ihren Entschluß nach Lage der Verhältnisse später zugunsten der Vorlage zu ändern.

Die Ratsvorlage wurde alsdann mit Stimmenmehrheit abgelehnt.

Der Erweiterungsantrag der Bürgerlichen, im Sinne des Vorschlages des Herrn Oberbürgermeisters zunächst auch in diesem Jahre 26 Kinder nach Wyl und 12 Kinder nach Frankenhäuser zu entsenden und eventuell zu einer weiteren Regelung später Entschickung zu fassen, wurde einstimmig angenommen.

### Einführung des Einheitshaushaltes.

Herr Stadtv.-Vorst. Dr. Mühlmeister teilte mit, daß sich der Finanzausschuß mit einem neuen Vordruck eines Einheitshaushaltes, der möglichst in allen mittlere oder auch in ähnlichen städtischen Städten eingeführt werden solle, beschäftigt habe. In diesem Einheitshaushaltesplan sollen sämtliche Konten in einer bestimmten Ordnung angeführt werden. Der Finanzausschuß habe die Meinung vertreten, daß zur Einführung für dieses Jahr die Zeit kaum ausreichen werde, da die Fertigstellung wohl noch längere Zeit beanspruchen werde. Der Rat habe hingegen beschlossen, den Haushaltesplan schon in diesem Jahre nach dem vorgelegten Schema anzufertigen. Es müsse aber damit gerechnet werden, daß die Haushaltesplanberatung erst etwas später erfolgen könne. — Herr Stadtv.-Vizevorst. Günther erklärte, daß seine Fraktion den Standpunkt des Finanzausschusses vertritt und vorschläge, um einer abermaligen Verzögerung vorzubeugen, den diesjährigen Haushaltesplan in der alten Fassung beizubehalten und die Einführung des Einheitshaushaltes für das nächste Geschäftsjahr rechtzeitig vorzubereiten. — Herr Stadtv. Pleier gab die Erklärung ab, daß die bürgerliche Fraktion aus ganz bestimmten Reformgründen für die Ratsvorlage sei.

Die Ratsvorlage wurde sodann mit Mehrheit angenommen.

### Zusammenfassung der Jahrskrise betr.

Herr Stadtv. Pleier wies auf den mitleidigen Zustand der Jahrskrise, die bei Regenwetter noch von Frühmorgen kaum zu passieren sei, hin. Vielleicht lasse sich eine Besserung der Straße durch Anlegen eines Fußweges ermöglichen. Die Anregung wurde in die Niederschrift aufgenommen.

Damit hatte die öffentliche Sitzung um 20 Uhr ihr Ende erreicht; es schloß sich eine nichtöffentliche Sitzung an.